

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 300 A einschließlich
Bringerlohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Biedrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Kleinschrift oder deren Raum 75 A.
Reklameweile 250 A.

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich a. Rh. — Redakteur: Paul Jorßich, Biedrich a. Rh. — Filiale in Hochheim: Jean Lauer.

Nr. 124

Samstag, den 29. Oktober 1921.

Postfach
Frankfurt (Main) Nr. 10114

15 Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nr. 502.

Bekanntmachung Betrifft: Getreideablieferung.

Der Preussische Staatskommissar für Volksernährung hat mit Verfügung vom 13. August d. J. — V. 3797 angeordnet, daß Erzeugern, die ihre Verpflichtung voll erfüllt haben, von dem Kommunalverband eine Bescheinigung ausgestellt wird, die den Nachweis enthält, daß sie nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 737) in der Verfügung über den Rest ihres Getreides völlig unbefristet sind, mit der Maßgabe, daß eine Befristung von Brotgetreide- oder Brotgetreideersatz gemäß § 43 dieses Gesetzes nach wie vor verboten ist.

Getreideerzeuger, welche ihre Ablieferungs- pflicht nach dem von der Gemeinde aufgegebenen Soll voll erfüllt glauben und Anspruch auf den Be- trag eines solchen Nachweises erheben, können bei der Kernstelle des Landkreises Wiesbaden, Wies- baden, Zellstraße 16, Zimmer 35, Antrag stellen. Bei Stellung des Antrages ist eine Beschei- nigung des Bürgermeisters vorzulegen, die angibt, welches Umfangs dem betreffenden Antragsteller von der Gemeinde aufgegeben und wie weit das- selbe erfüllt ist.

Wiesbaden, den 25. Oktober 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
A. Nr. 11. Kornst. 1920. Schmitt.

Nr. 503.

Auszug aus der Ordnung, betreffend die Erhebung einer Hundsteuer im Landkreis Wiesbaden.

§ 4.
Wer einen steuerpflichtigen oder steuerfreien Hund aufkauft oder mit einem Hunde neu anzieht, hat denselben binnen 14 Tagen nach der An- schaffung beim nach dem Anzuge bei der örtlich zuständigen Gemeindebehörde (Magistrat, Ge- meindevorstand) anzumelden. Neugeborene Hunde gelten als angekauft nach Ablauf von 14 Tagen, nachdem dieselben aufgeführt haben, an der Mutter zu fügen.

Jeder Hund, welcher abgekauft worden, ab- handen gekommen oder eingetragenen ist, muß spätestens innerhalb der ersten 14 Tage nach dem Ab- lauf des halben Jahres, innerhalb dessen der Ab- gang erfolgt ist, bei der Gemeindebehörde abgemel- det werden, widrigenfalls die Steuer, welche für denselben zu entrichten gewesen ist, bis einschließ- lich desjenigen halben Jahres, in welchem die Ab- meldung geschieht, fortbezahlt werden muß.

§ 5.
Auf Antrag kann Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung für Besitzer von Hunden eintreten, welche auf einem außerhalb des geschlossenen Be- bauungsgebietes gelegenen Grundstück zur Bewachung unentbehrlich sind, sowie von Hunden, sofern diese zur Bewachung von Herden verwendet wer- den und hierzu unentbehrlich sind.

Den Geschäftsberechtigten, Polizeireferatsbeam- ten und Polizeibauern wird Steuerfreiheit für einen Hund gewährt, den sie im Dienst gebrauchen.

§ 6.
Zu widerstandungen gegen die Vorschriften die- ser Steuerordnung unterliegen einer Strafe bis zur Höhe von dreißig Mark. Im Falle der Steuer- hinterziehung ist außerdem die hinterzogene Steuer nachzutragen.

Vorstehende Vorschriften werden wiederholt veröffentlicht.

Wiesbaden, den 25. Oktober 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
A. Nr. 11. Kornst. 1920. Schmitt.

Nr. 504.

Freigabe von Brennstoffen.

Nach der Bekanntmachung des Herrn Reichs- kommissars für die Kohlenverteilung vom 24. Sep- tember 1921, unterliegen vom 1. Oktober d. J. ab Kohlenzufuhren, Kohlenpreisscheine, Grubekops, Zechen- (Hütten-), Gas- und Leifekops, sowie die Ab- fahrbrennstoffe aus Steinkohle, wie z. B. Schlamm- kohle, Koks, Generatorrückstände, Schlacke, Waldberger, Müllprodukte und dergleichen nicht mehr der Zwangsablieferung.

Die freigegebenen, z. B. leicht lieferbaren Brennstoffe, wofür eine keine Kohlenhausbrandge- fahr besteht, sind, empfiehlt der Reichskommissar in reichlicher Weise zur Haus- brandverwendung heranzuziehen, damit die noch immer bestehende Knappheit in Braunkohlenbrennstoffen und Steinkohle weniger empfunden wird.

Von Sonderbezugscheinigen bleiben nur noch diejenigen für minderwertige Steinkohle, Stollen- kohle und Erbsenbrennstoffe bestehen. Außerdem wer- den von jetzt ab auf besonderen Antrag auch für Magerformbrennstoffe zwecks Erleichterung des Be- zugs Sonderbezugscheine herausgegeben.

Wiesbaden, den 25. Oktober 1921.
Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schmitt.

Nr. 505.

An die Magistrate und Gemeindevorstände.

Es ist hier bekannt geworden, daß in Einzel- fällen Anträge kriegsbeschädigter Erwerbstätiger auf Zuschußgewährung zwecks Umschulungsmaßnahmen ohne weiteres abgelehnt wurden.

Unter Hinweis auf Abschnitt 1 Ziffer 7c der Ausführungsanweisungen des Reichsarbeitsministers

vom 7. Juni d. J. zu § 15 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, abgedruckt im Regierungs- Anzeiger Nr. 23 vom 20. 8. 1921, S. 220, pol. 629, erlaube ich, für die Folge derartige Anträge kriegsbeschädigter und auch sonstiger Erwerbsloser nachstehend prüfen und, falls die Umschulung in ersichtlicher Weise durchgeführt wird, ihnen in weit- gehender Weise entgegen zu treten.

Wiesbaden, 25. Oktober 1921.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Nr. 506.

Die Polizeiverwaltungen zu Biedrich und Hoch- heim sowie sämtliche Bürgermeister der Landge- meinden, welche ich hiermit an, mit einemmal Bedarf an „Desinfektionsmitteln bei Cholera“ und an „Kochsalzen an Kerkern für die Bekämpfung der Pest“ alljährlich zum 5. Dezember anzumelden, befragt ist in beiden Fällen nicht erforder- lich.

Wiesbaden, den 26. Oktober 1921.

Der Landrat.

Nr. 507.

Bekanntmachung der Erwerbslosenfürsorge an Ausländer.

Ich nehme Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß die Erwerbslosenfürsorge Ausländern nur ge- währt werden darf, wenn sie Staaten angehören, deren Fürsorge ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister ausdrücklich als der deutschen gleichwertig bezeichnet habe. Einmalige Befristungen gegen diese Anordnung sind mir zwecks Entziehung der staatlichen Beihilfen sogleich anzu- zeigen.

Abdrucke für die nachgeordneten Behörden sind beigefügt.

Berlin 28. 6. 11. Oktober 1921.

Der preussische Minister für Volkswohlfahrt.

A. v. d. Hoffmann.

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Wird veröffentlicht.

Der Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden:

Der Vorsitzende:

A. v. d. Hoffmann.

Nichtamtlicher Teil.

Deutscher Reichstag.

27. Berlin, 27. Oktober. Der Antrag des Zentrums und der Mehrheitssozialisten auf Billigung der Erklärung des Reichstanzlers wurde mit 230 gegen 132 Stimmen bei neun Enthaltungen angenommen. Für den Antrag stimmten Zentrum, Demokraten, Mehrheitssozialisten und Unabhängige.

Berlin, 26. Oktober. Haus und Tribünen sind überfüllt. Auf dem Reichstagsgebäude wehen die Fahnen auf Halbmaße.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Entscheidung der Vorkonferenz über Ober- schlesien.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung und führt unter anderem aus, die Sitzung müsse Stellung nehmen zu dem schweren und wichtigen Antrag, den das Vaterland unter der Zerschlagung Oberschlesiens erlitten habe. Er wolle der Entscheidung des Hauses nicht vorgehen, aber er müsse doch einige Worte sagen, indem er der 220.000 Familien ge- denkt, die ihre Stämme für Deutschland abgaben und die nun gezwungen von uns Abschied nehmen müßten. Wir wollen ihnen noch einmal die Hand auf die Schulter legen und sagen: Treue um Treue. Dieses Gelübnis wird gehalten. (Bravo.)

Die Erklärung des Reichstanzlers.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten nimmt der Reichstanzler Dr. Wirth das Wort: Auf Grund der Bitte des Reichspräsidenten habe ich die Neubildung des Kabinetts übernommen. Der Reichstanzler gibt dann die Namen der neuen Mi- nister bekannt und führt fort:

Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innenpoli- tischen Schwierigkeiten gebildet worden. Ich habe von dem Herrn Reichspräsidenten das verantwortungs- volle Amt übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir einen Glauben haben, da- es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krise der Regierungsbildung oder durch eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen. Ich spreche auch diesen Männern an dieser Stelle besonderen Dank für ihre Bereit- willigkeit zur Mitarbeit aus. (Beifall links.)

Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt wor- den, innerhalb kürzester Frist Stellung zu der Ent- scheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien zu nehmen und die damit verbundenen Entschlüsse durchzuführen. Vor die Entscheidung der Vor- konferenz gestellt, hat sich die frühere Re- gierung aufgelöst, dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzugeben und mit diesem Schritt die Auflösung betraut, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien in der Form wie sie erfolgt ist, für ein Unrecht, für ein Unheil ansehe. Sie hat zugleich mit dem ihren Rücktritt begründenden Schreiben an den Reichspräsidenten sich dahin aus- gesprochen, daß durch den Spruch der Vorkonferenz eine neue politische Lage geschaffen sei. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß

auch sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. Auch die neue Rege- rung ist der Meinung und betont dies feierlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Vorkonferenz Deutschland und dem betroffenen Ober- schlesien harte Gewalt angetan wird. (Lebhafte Zu- stimmung.)

Die Entscheidung durften nach dem Vertrag die Hauptmächte nur selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch entledigt, daß sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten ersuchten und zu- gleich untereinander „dabhi“ übereinkamen, dieses Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend hinzunehmen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsgefühle identisch ist, verstößt die hierin liegende Übertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Friedensvertrages. (Lebhafte Zustimmung.) Die getroffene Entscheidung muß selbst anerkennen, daß die alliierten Hauptmächte nicht imstande gewesen sind, eine Grenze zu finden. Eine Grenze zu finden, die sowohl dem durch die Zustimmung behandelten Willen der Einwohner, als den geographischen und wirtschaftlichen Verhält- nissen gerecht wird. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerschneidet, also die Gefahren und Nachteile für das Land Oberschlesiens nicht ver- mindert werden sollte. Daraus ergibt sich, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden dürfte, weil sie die Deutschland durch den Vertrag gewährleistete Rechte verletzt. (Lebhafte Zustimmung.) Zu- gleich mit der Festlegung der Grenzlinie, haben die alliierten Hauptmächte beschlossen, den beteiligten Staaten ein Übergangsregime aufzuzwingen, eine Maßregel, die gänzlich außerhalb der ihnen zu- stehenden Befugnisse liegt. (Sehr richtig.) Artikel 23 verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen er- gänzende Abkommen zu treffen; keineswegs be- stimmt er, daß der Inhalt eines solchen Abkommens von den Alliierten diktiert werden kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den alliierten Hauptmächten in einer ihr geeignet erscheinenden Weise unver- hüllt zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zwei- fel darüber lassen, daß sie die Entscheidung der Vor- konferenz als gegen den Vertrag und das Recht verstoßend betrachtet, und daß sie Deutschlands Rechte auf das uns entzogene Land in keiner Weise als beeinträchtigt erachtet kann, durch einen Zustand, der hier durch Gewalt geschaffen worden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Die nächste und dringliche Aufgabe ist, ob dem Verlangen der alliierten Hauptmächte nachgekommen werden soll, einen Vertreter zu den wirtschaftlichen Verhandlungen über das Über- gangsregime zu entsenden. Eine Regierung, deren Willen es ist, Politik zu machen, hat nicht die un- fertigen Wege der Geschichte voranzujagen, sie kann nur eine Entscheidung treffen, die den Interessen Oberschlesiens selbst und des ganzen deutschen Lan- des gerecht wird. Unsere erste Pflicht ist es, die hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Spruch der alliierten Hauptmächte zu Polen geschleppt werden sollen, nicht im Stich zu lassen und den Versuch zu machen, die durch die Zerschlagung von Oberschlesien drohende Verelendung der Industriegebiete soweit wie möglich abzu- schwächen. Von solcher Betrachtungsweise aus- gehend, wird die neue Regierung einen Bevoll- mächtigten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen ernennen und dies den alliierten Hauptmächten un- verzüglich mitteilen. Auch hierin stimmt die neue Regierung ihrer Vorgängerin vollkommen zu. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, und es wäre ein schwerer Fehler, dem deutschen Volk und dem Auslande zu verheimlichen, daß die Deutschland und nach den Verheerungen der Nachkriegszeit ver- bleibende Wirtschaftskraft durch die Entscheidung über Oberschlesien eine weitere Verminderung er- fahren hat, die alle Berechnungen hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen aufs neue hart in Zweifel zieht. Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes betrug der Ver- kehrsleistung im Abrechnungsgebiet 1.950.000 Ein- wohner, von denen wir 965.000 Einwohner, oder 49 Prozent verlieren sollen. Sehr nach dieser Zahl in Vergleich zu dem Abrechnungsgebiet: 62 gegen 38 Prozent, so werden nach der Entscheidung 11 Prozent mehr von der Bevölkerung von uns abge- trennt, als für Polen gestimmt haben. (Sehr richtig.) Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß das Ergebnis der Abstimmung ein sehr viel ungünstigeres für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstimmung in voller Ruhe und unter vollkommenen Schwei- ge abgepflegt hätte. (Sehr richtig.) Und nicht, wie in großen Teilen vorgeschrieben, hätte es gelassen ist, fürstbarem polnischen Terror. (Sehr wahr.) Mit dem abzutretenden Gebiet gehen uns große und blühende deutsche Städte verloren, die als die Kern- stücke deutscher Kultur in Oberschlesien anzusehen sind. Ich erwähne insbesondere die Städte Ratow- wig und Königsberg, die mit 21 bzw. 78 Prozent aller abgegebenen Stimmen ihre Zugehörigkeit zum Deutschland und hiermit zum deutschen Vaterland bekräftigt haben. Die Grundlage, der Oberschlesien seine Blüte verdankt, bilden seine Bodenschätze, unter denen die Kohle den ersten Platz einnimmt. Von 61 Betrieben, die Steinkohle fördern, fallen 49% an Polen, jedoch nur 11% deutsch bleiben. Von den 61 Gruben wurde eine Schmelzfabrikation von 31,76 Millionen Tonnen erzielt; davon fielen 24,6 Millionen Tonnen an Polen und 7,1 Millionen Tonnen verblieben bei Deutschland. In anderen Worten erhält Polen 75,5 Prozent der ober- schlesischen Kohlenförderung. Bedeutend man, daß die Kohlenförderung bei tausend Meter Tiefe führen, so verbleiben Deutschland von 60 Milliarden Tonnen

nur etwa 5,5 Milliarden Tonnen, jedoch 90 Prozent der Kohlenförderung an Polen fallen. Der Kaugler schilbert dann des weiteren ausführlich, was wir in Oberschlesien an Werten verlieren, legte gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung feierlichst Verwahrung ein und führt fort: Lediglich durch die in der Note aus- gesprochenen Drohung und um die der deutschen Bevölkerung des ober-schlesischen Industriegebietes sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermeiden, sieht sich die Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vor- getragene Delegation, ohne damit ihre Rechtsauf- fassung zu ändern, zu ernennen. (Lebh. Beifall.)

Abg. Müller-Franken (Soz.) dankt den ober- schlesischen Würgern für ihre Haltung. Der Ober- schlesien hat den Spruch jedenfalls bei uns seinen Dienst erwiesen. Der Spruch hätte von einem unabhängigen Gerichtshof gefällt werden müssen, nicht von den Beteiligten selbst. Der Ver- lust Oberschlesiens erschüttert die Erfüllungsmög- lichkeit; daran ändert auch das fünfzehnjährige In- terregnum nichts. Die Entscheidung widerspricht dem Friedensvertrag und schafft für Oberschlesien eine ganze Reihe fortwährender Schwierigkeiten. Darum müßten die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen im Sinne der Verhältnismäßigkeit geführt werden. Der Redner dankt dem Reichstanzler im Namen seiner Partei für seine Opferbereitschaft in schwerster Stunde.

Abg. Hülka (Ztr.): Die Hoffnung auf den Gerechtigkeitsmann der Entente war verfehlt. Würde jetzt die Frage zur Abstimmung gestellt: ganz zu Deutschland oder geteilt zu Polen, so würden die meisten Oberschlesier, die damals für Polen stimm- ten, heute für Deutschland stimmen. (Sehr richtig.) Das uns diktierte Wirtschaftsabkommen mit Polen enthält unerhörte Zumutungen für Deutschland, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. Deutschland wird nie den Verlust dieses Landes vergessen können. Das Wirtschaftsabkommen mit Polen kann Oberschlesien nicht helfen. Durch die Entscheidung unseres Vertreters wird unser feier- licher Protest nicht berührt. Wir hoffen auf die Ge- rechtigkeit der Weltgeschichte.

Abg. Hergt (Deutsch.): Es ist sehr bedauer- lich, daß die Leiter der deutschen Politik sich nicht zu einer rühmlichen Abwehr haben aufschwingen können. Der Reichstag hat sich der Situation nicht gewachsen gezeigt. Wir haben ein klares Recht auf das ungeteilte Oberschlesien. (Beifall.) Wir er- heben den schärfsten Protest gegen seine Annahme. Wir entgegen damit auch nicht dem Konflikt, der einmal ausgetragen werden muß. Wir müssen jetzt endlich übergeben von der passiven Duldungs- politik zu einer positiven Politik des Willens. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis die Wiederer- neuerung mit Oberschlesien da ist. Wir bedauern, daß die Garantie für diese große Politik nicht in der Zustimmung der neuen Regierung gegeben ist. Der Erfüllungswillens muß verschwinden.

Abg. Kohl (D. Vp.) bedauert, daß das In- teresse an der Kabinettsbildung die Gefahr für Ober- schlesien ganz zurückgedrängt hat. Wir stellen die Forderung, alles andere vor dem Rechtsbruch zu- rücktreten zu lassen. Wir sind nicht durchdrungen damit. Wir wollten die brutale Gewalt gezwungen über uns ergehen lassen und keinen Zweifel darüber lassen, daß wir das Unrecht nicht als Recht an- erkennen können, daß Oberschlesien deutsch ist und von uns als deutsch auch fernerhin betrachtet werden soll. Auf diesem Standpunkt stehen wir noch heute. Daß unsere Leistungsfähigkeit auf das ernste ge- schrieben ist, steht außer allem Zweifel. Die Nichter- sendung eines Delegierten ist die einzige klare Form der Ablehnung.

Präsident Ebert teilt mit, daß von den Par- teien der Rechten und Linken namentlich die Ab- stimmung über einen Vertrauensantrag des Zentrums und der Sozialdemokraten beantragt worden ist.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S.) beklagt auch für seine Partei den Verlust Oberschlesiens. Die Entscheidung über Oberschlesien ist die folgerichtigste Enttarnung der imperialistischen Politik. Die inter- nationale Arbeiterschaft wehrt sich gegen diesen Imperialismus, aber sie kann dabei nicht die von Herrn Hergt empfohlenen Mittel anwenden. Das ober-schlesische Problem ist in Wirklichkeit ein soziales. Die Arbeiter wurden politisch, weil deutsche Kauternschmer sie unterdrückten. Wir bedauern die Zerschlagung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes.

Präsident Ebert verliest eine Rundgebung des Provinzialausschusses der Provinz Schlesien, die von allen Parteien, den Deutschen und den zu den Mehrheitssozialdemokraten unterdrückt worden ist und die Ablehnung des Genfer Diktats fordert.

Abg. Schäfer (Dem.) verliest folgende Er- klärung seiner Fraktion: Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entscheidung eines Kom- missars zur Abweisung der sich aus dem Diktat er- gebenden Fragen zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedens- vertrag widersprechenden Entscheidung ergibt. Sie muß erwarten, daß sich die Regierung von diesem Standpunkt nicht abbringen läßt und macht ihre künftige Stellung zur Regierung davon abhängig. Da sie hierüber nach den Verhandlungen über die Regierungsbildung die nötige Sicherheit nicht er- langen konnte, vermag sie nicht, sich an der Rege- rungsbildung zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Eigenart des Wirkungskreises des Reichs- ministers hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Geßler dem Dringenden Eruchen des Reichstanzlers auf weitere Geschäftsführung dieses Ministeriums entsprochen hat, in der Hoffnung, daß dieses wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wechsel der politischen Konstellationen entzogen wird. Für politische Konflikte muß endlich ein un- abhängiges Tribunal geschaffen werden, Deutsche

Neueste Nachrichten. Oberschlesien.

Die deutschen Unterhändler.

Berlin. Zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien wurde der Minister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter Staatssekretär Dr. Rembold ernannt, der aus seiner bisherigen Stellung im Reichsministerium des Innern ausscheidet.

Berlin. Die deutschen Unterhändler für die Wirtschaftsverhandlungen mit Polen, Schiffer und Rembold, werden von einem größeren Sachverständigenstab begleitet sein. Die Abreise der Unterhändler dürfte Anfangs nächster Woche erfolgen. Als Verhandlungsort kommt Oppeln oder Katowitz in Frage.

Die Bolschaster-Konferenz.

Paris, 27. Oktober. Über die heutige Sitzung der Bolschaster-Konferenz wird folgendes offizielle Kommuniqué verbreitet: Die Konferenz hat entschieden, daß Erlaßung einer Konvention über die gegenwärtig vor Budapest liegende englische Kanonenboot gebracht werde und dort den Reichstag der Mächte über den endgültigen Ort seiner Internierung abwarten solle. Die Konferenz hat schließlich Kenntnis genommen von dem Brief des deutschen Bolschasters Dr. Wagner, in dem mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung unverzüglich ihren Vertreter zur Aufnahme der durch den Beschluß der Alliierten über Oberschlesien vorgesehenen wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen bestimmen werde.

Aus den Berliner Morgenblättern.

Berlin, 28. Oktober. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, hat sich Dr. Wirth gestern abend zu kurzem Aufenthalt nach Baden begeben. Er wird heute abend in Karlsruhe eine Rede über die politische Lage halten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, erleben die gegenwärtigen Arbeiten für die Steuergesetzgebung durch die Umbildung des Reichsfinanzministeriums eine gewisse Verzögerung, und zwar in erster Linie deshalb, weil bei der Aufstellung der Steuerpläne mit einer großen Regierungskoalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei gerechnet wurde. Die Steuergesetzgebung muß daher denjenigen für die nächsten Reichstagsession, d. h. November, fertig gestellt sein.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Volksboten“ erklärte der preussische Ministerpräsident Stegerwald, die Reichs-Gesetzgebung werde die preussischen Domänen, Staatsforsten und Kuchengärten aus dem Besitz des preussischen Fiskus an Polen geben, und daß hierdurch eine erhebliche Zahl alteingesessener preussischer Beamten vor der Entlassung gestellt werde, ob sie unter polnischer Herrschaft im Lande bleiben oder in deutsches Gebiet auswandern wollten. Von den 304 Ministerialbeamten gehen 11 verloren; das bedeutet den Verlust von 489 preussischen Beamten. Eine Abwanderung der Beamten aus Oberschlesien würde schmerzhafte Lücken in die Reihen des aufstrebenden ober-schlesischen Deutschtums reißen. Damit würde unser Wunsch, das widerrechtlich abgegriffene Gebiet wenigstens kulturell Deutschland zu erhalten, nicht in Einklang zu bringen sein.

Der „Freiheit“ zufolge hat das Zentralkomitee der U. S. P. beschlossen, den nächsten Parteitag zum 8. Januar 1922 nach Leipzig einzuberufen.

Explosion einer italienischen Pulverfabrik.

Rom, 27. Oktober. (Havas.) Die Blätter veröffentlichen ausführliche Berichte über die Explosion der Pulverfabrik von Bergago. Der Ort der Explosion und die Umgebung wurden vollständig zerstört. Soweit die Häuser nicht ganz verschlungen sind, sind die Häuser eingestürzt. Die Kirche von Bergago und das Rathaus sind nur noch Trümmerhaufen. Man verliert die Archive auszugraben. Die Festung ist vollständig zerstört. Die Steine derselben wurden mehrere Kilometer weit fortgeschleudert. Selbst das Aussehen des Berges ist vollständig verändert. Die Zahl der bisher aufgefundenen Toten beträgt 22, die der Verwundeten 300. Nach dem „Tribuna“ soll der Brand, der die Explosion verursachte, auf eine terroristische Verschwörung zurückzuführen sein.

Auf neuem Grund.

Roman von O. Effer.

(13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Über die im letzten Inneren getrocknete Frau gremte die Ruhe zum Schreiben nicht zu finden. Hofflos eilte sie hin und her und suchte in den Schubfächern ihres Schreibtisches, ihrer Schränke und Kommoden und holte die alten Erinnerungen ihres Lebens hervor — die verrotteten Blumen, die vergilbten Briefe, die zerstückelten Schleifen, die verblassten Bilder.

Aber auch diese Erinnerungen erzählten ihr keine trauten Mächte, erweckten keine sanften persönlichen Gefühle in ihr, sondern erzählten ihr nur immer aufs neue von vergangenen Freuden, von entwichenem Glück, von getäuschten Hoffnungen, von nicht erfüllten Plänen. Bittere Gedanken fliegen in ihr empor, als sie den alten Orientkranz sah, den sie am Tage ihrer Hochzeit getragen. Bittere Gedanken, als ihr die kleinen Erbsenbohnen in die Hand fielen, welche ihr Sohn getragen! Bittere Gedanken, als sie die ersten Schulzeugnisse des Sohnes wieder sah.

Welche Wünsche, welche Hoffnungen hatten sich einst an diese Gegenstände geknüpft! Wohin, wohin waren diese Wünsche, diese Hoffnungen entwichen! Totes Gerümpel, wie diese vergilbten, verblassten, zerstückelten Sachen das Totes Gerümpel, wie die jählichen Worte der ersten Liebesbriefe ihres Vaters, über die sie jetzt spöttisch lächelte.

Totes Gerümpel, mit dem man aufräumen mußte, und ein Gegenstand nach dem anderen flog in die lodenden Flammen des Kamins, die ihn mit ihren glühenden Zungen erfäßen und gierig verzehrten.

Aber das Feuer erschien von denselben feindlichen und bösen Gefühlen erfüllt zu sein, wie die Seele der einsamen Frau. Wie schwarze Gedanken flogen die verbrannten, verfallenen Überreste der Briefe, der Schleifen, der Blumen empor in den Rauchfächer und verschwanden in tiefer Finsternis, in welcher der Herdfeuer dämmte und schob.

Da waren die ersten Blumen, die ihr Vater ihr geschenkt, dürr und verwelkt — hinein mit ihnen in

das Feuer, daß sie in Staub und Asche gerieten, — Staub und Asche wie die längst erlöschene Liebe!

Da waren die ersten Briefe — kleine, einfache, in herrlichen Worten abgefaßte Briefe — hinein in das Feuer! Nichts als Lug und Trug!

Und da war das Brautkleid — trocken und erloschen die Blumen — hinein mit ihm in das Feuer — das war die größte Täuschung ihres Lebens!

Und die Kinderstube, — als sie im Feuer knisterten, langen sie das häßliche Bild von der Unbarmherzigkeit, dem Ungehörigen!

Alles, alles warf sie mit hastiger Hand in das Feuer, das aufstoberte und knisterte und knatterte, und die feindlichen Gedanken weitertrug in die sturmbewegte finstere Herdflucht.

Wie kleine schwarze Teufel mit glühenden Funkenaugen flogen die verfallenen Liebesbriefe empor, spöttisch lachend und sich in totem Tanze ihrer Freiheit freuend. Und der Sturmwind erfaßte sie und wirbelte sie empor, trug sie weiter und weiter aus die Saat der geblühten, finsternen, menschenfeindlichen Gedanken der einsamen, enttäuschten, verblühten Frau.

Siehe da — einer der schwarzen Teufelchen mit den glühenden Funkenaugen ließ sich auf das Dach der alten Scheune nieder. Sollte er sich von dem milden Tanze mit dem Herdfeuer ausbreiten? Sollte er ein Versteck, von wo aus er neues Unheil anrichten konnte?

Tiefer wühlte er sich in das ausgeblühte Stroh hinein und seine Funkenaugen entzündeten einen trockenen Strohhaufen, daß er lustig aufglühte. Das Teufelchen fand Vergnügen an diesem Spiel. Es rief den Wind herbei und dieser lachte und blies mit vollen Waden in das Stroh, daß die schwelende Glut zur kleinen Flamme ward, die gierig um sich fraß, genährt durch das Teufelchen, das jetzt wieder in seinem Elemente war, dem es entsprossen, und angefaßt durch den Sturmwind, der das Dach lockend aufstoberte, daß die Flamme immer wieder neue Wege fand.

So schwelte das Feuer weiter unter dem dünnen, halbverfallenen Stroh, bis es eine Öffnung fand und sich prächtend emporstobte als freie Flamme, auf dessen äußerster Spitze sich das Teufelchen juchend wiegte und mit glühender Stimme Feuer! Feuer! rief, daß die Menschen erschreckt aus dem Schlummer emporstiegen und das Vieh in den Stallungen angstvoll an den klackernden Ketten zerrte.

Feuer! Feuer! Die Menschen riefen es entsetzt. Der wimmernde Ton der Glocke der kleinen Dorfkirche trug den Ruf weiter, und Feuer! Feuer! erklang es im ganzen Dorfe. Die Menschen eilten herbei und die Spritzen rasselten durch die Dorfstraßen und gischend spritzten die ersten Wasserstrahlen in die Feuerzunge.

Aber der Teufel lachte nur höhnisch zu diesem Rettungswort. Er war im Grunde mit dem Sturmwind. Dieser erfaßte die Flamme und tanzte mit ihr, daß die Funkenregen ringsum flogen. Wie ein feuriger Regen fielen sie auf die Dächer der Scheunen und Stallungen nieder, und der Teufel schürte auch hier den Brand, daß das Gefäß bald einem einzigen Feuermeer gleich.

Wie versteinertem Antlitz und stieren Augen, einer Medusa gleich, so starrte Frau von Holtensen von ihrem Fenster aus in die Flammen. Auch das Wohnhaus geriet in Gefahr, nur sein festes Fundament schützte es vor den unheimlichen Funkenboten des Feuers. Aber noch, auch dieses Haus in Schutz und Asche stürte — das Ende war so doch da. Das Ende von all ihren Hoffnungen und Wünschen, aber auch von ihren Enttäuschungen. Prächtend stürzte die große Scheune in sich zusammen, in der die Ernte des letzten Jahres geborgen war, prächtend sanken die Stallungen nieder, aus denen man kaum das Vieh retten konnte, prächtend schlugen die Flammen in die herbstlich gelben Kronen der Bäume, welche das Wohnhaus umgaben — die unglückliche Frau glaubte sich von einem Flammenmeer umringt, aber sie rührte sich nicht von der Stelle, sie wollte mit ihrem Eigentum untergehen und wäre am liebsten in das Flammenmeer da drüben gesprungen.

So sah sie starr und regungslos, die Hände ineinander geklopft, die Augenbrauen finstler zusammengezogen, die Lippen fest aufeinander gepreßt, dem Untergang ihres Hab und Gutes zu, bis das Flammenmeer sich nach und nach beruhigte, hier und da noch einmal aufzuckte, dann immer mehr erlosch, bis schwarze Finsternis über der verfallenen Trümmerstätte lagerte.

Da streckte die Frau die Hand aus. Es ist vorüber! flüsterte sie und es zuckte höhnisch um ihre Lippen, so daß ihre Worte wie ein Fluch klangen.

Dann fiel sie bewußtlos zu Boden.

Der Wirtschaftshof glückte einem großen Trümmerhaufen. Heda! Brandgeschädigte Wägen, eingestürzte Dächer, dichter emporragende Giebelwände, verfallene Balken, Schutt und Asche.

Sämtliche Vorräte waren ein Haub der Flammen geworden. Auch das Vieh war zum Teil erstickt und verbrannt. Die Gerätschaften, die Wägen, Kufeln und Wagen hatten durch das Feuer sehr gelitten. Das Wohnhaus stand zwar noch, aber es war auch teilweise vom Feuer angegriffen, vom Rauch geschwärzt und vom Wasser durchweicht.

Einen trübseligen Anblick bot der Park. Wie struppige Bejen starrte in die verbrannten Bäume zum grauen Himmel empor. Die Gebüsch, die Rasenflächen, die Blumenbeete waren verödet, zertritten — überall Verwüstung, überall Zerstörung, Schmutz und Kot.

Hans ging mit finstlerem Blick und traurigen Augen zwischen all der Verwüstung. Ein Telegramm des Grafen Wandersleben hatte ihn herbeigerufen; allerdings nicht die Nachricht über den Brand seines väterlichen Guts, sondern erst die Nachricht, daß seine Mutter im Sterben liegt.

Er wußte nicht, was beginnen, was anfangen, um Ordnung zu schaffen. Er sagte sich auch, daß ja doch alles nutzlos war, der vollständige Ruin war da. Und er vermochte nicht einmal ernst darüber zu trauern. Jetzt war er wirklich ein freier Mann geworden, ein Mann, der allein auf seine Kraft, seine Arbeit gestellt war. Die Kraft, diese Arbeit hatte er in dem letzten Jahre erprobt, während er auf der einsamen Dachsburg mit Tobias Hinterluf hauste und zu einem starken, feiner Kräfte sich benutzte Wanne heranreife.

Nichts sah man ihn mehr an von den Nachwehen seines Lebenslides in der Anstalt des Sanitätsrates, nichts mehr von der müden Schlaftheit, von dem matten Sitzgeheiß, von der trübseligen Gleichgültigkeit seines Lebens. Die frühere Spannkraft, die Lebensfreude war zurückgekehrt; er konnte wieder arbeiten und wieder hoffen.

So mochte denn das Alles in Trümmer fallen! Das alte Haus, der alte Platz in Schutt und Asche sinken, er baute sich ein eigenes Haus, ein neues Heim, einen neuen Besitz.

Als er eben einige Anordnungen gab, wie das gerettete Stroh untergebracht werden sollte, fuhr der Wagen des Grafen Wandersleben auf den Hof.

Wie kühlen, aber höflichem Gruß trat Hans dem Grafen entgegen.

So ist recht, mein lieber Holtensen! rief ihm der Graf zu. Immer tätig, immer fleißig! Das versteht die Gräfin. — Darf ich einige Worte allein mit Ihnen sprechen?

Ich werde zu Diensten, Herr Graf. Wollen Sie hier eintreten?

Hans öffnete die Tür zu dem Arbeitszimmer seines Vaters, das noch ganz in seinem früheren Zustande sich befand.

Der Graf trat ein.

Fürst — wie geht es Ihrer Mutter?

Ich danke, das Fieber hat etwas nachgelassen, sie liegt völlig apathisch da, erkennt auch niemanden.

Sehr, sehr bedauerlich. Doch hoffen wir das Beste. Ihre Mama war stets eine kräftige Frau.

Doch nun — der Graf holte einige Papiere hervor — hier die amtlichen Papiere der Aufhebung Ihrer Entmündigung — Sie sind wieder vollständig Ihr eigener Herr.

Hans erstarrte.

Ich danke Ihnen, Herr Graf.

Sie, ich habe nur meine Pflicht getan. Wär's

nach mir allein gegangen, hätte ich diese nutzlose Bevormundung Ihrer Person aufgehoben. Doch Sie wissen ja — Ihre Frau Mama — doch lassen wir das jetzt. Sprechen wir von anderem. — Was gedenken Sie jetzt zu beginnen?

Nichts.

Wie — nichts?

Wenigstens in Bezug auf Holtensen! Es mag

unter den Hammer kommen und verkauft werden.

Weshalb sollten Sie das Gut, Herr Graf?

Ich habe nicht die Absicht. — Wiederholt Holtensen, lassen Sie uns einmal ruhig zusammen sprechen. Ich glaube, wir haben uns früher nicht verstanden. Ich will ununterbrochen lassen, an wem die Schuld lag, ich glaube an uns beiden. Aber ich gedenke Ihnen offen, daß ich das Gefühl habe, in Ihrer Schuld zu sein.

Wie wäre das möglich, Herr Graf?

Moralisch in Ihrer Schuld, lieber Freund. Ich verquicke Ihr Leben mit meinen Plänen — ich achte nicht auf Ihre Eigenart — ich möchte Sie abhängig von mir machen, nicht in böser Absicht, Hans, aber ich achte nicht auf Ihre Empfindungen — die Folge war Ihre feindselige Stimmung gegen mich und was daraus entsprang. Verzeihen Sie mir, ich habe eingegeben, daß ich anders hätte handeln müssen.

Er sprach in gerader, offener Weise, nicht mehr als der Ehrenmann, als welcher er früher Hans entgegengetreten war. Dieser war bewegt. Er legte langsam, aber fest die Hand in die dargebotene Rechte des Grafen.

Wie wollen das Vergangene sein lassen, Herr Graf.

Ja — und uns mit der Gegenwart beschäftigen. Offen sprechen, Mann gegen Mann! Vertrauen zueinander haben, Freund gegen Freund! Und nun hören Sie auch: Holtensen soll nicht verkauft werden — ich stelle Ihnen jede Hilfe, die Sie nötig haben, zur Verfügung.

Herr Graf, ich kann das nicht annehmen. Entschieden Sie sich noch nicht. Ihre Lage ist nicht so schlimm, wie es auf den ersten Anblick aussieht. Die Berräte sind verbrannt — gut. Aber sie gehören sowieso nicht mehr Ihnen, sie waren schon verkauft und lagerten nur noch in Ihren Scheunen auf die Gefahr des Käufers. Wie ich höre, hat vieler die Berräte jedoch veräußert, so daß sein Schaden nicht so groß sein wird. Die Gebäude sind ebenfalls versichert. Ich glaube sogar über ihren eigentlichen Wert, so daß sie von der Versicherungsumme die Gebäude wieder aufbauen können. Der Schaden an Vieh ist geringfügig, er läßt sich durch Kasse, Sparkassen, Wirtschaft leicht ersetzen. Die Felder sind bestellt, ihnen kann der Brand nichts schaden. Das Wohnhaus und einige Stallungen sind gerettet — Sie können also gleich wieder anfangen zu wirtschaften.

Sie vergessen, Herr Graf, daß ich nicht das geringste Betriebskapital zur Verfügung habe, ohne welches ich nichts anfangen kann.

Deshalb komme ich ja eben zu Ihnen. Ich stelle Ihnen meinen Kredit bei dem Bankier zur Verfügung.

Herr Graf?

Ruhig, ruhig und besonnen, lieber junger Freund. Aus dem Vorschlag, den ich Ihnen mache, sollen Sie erkennen, daß ich vollständiges Vertrauen zu Ihnen und Ihrer Tüchtigkeit habe. Sie werden den Kredit nicht ohne Not in Anspruch nehmen und werden mir das Geld pünktlich zurückzahlen, wenn Sie die ersten Ernten eingebracht haben. Wollten Sie ein?

Ich kann es nicht, Herr Graf.

Ei der Tausend! Sollen Sie doch nicht so hässlich! Ich helfe Ihnen auch aus egoistischen Beweggründen. Ich möchte mit dem Gefühl der moralischen Schuld Ihnen gegenüber fertig werden. — Ich finde keine Ruhe mehr. — Ich mache mir Vorwürfe, Ihr Unglück verschuldet zu haben, so gönnen Sie mir wenigstens die Genugtuung, Ihnen aus der Notlage helfen zu können. Sie wissen, daß unsere Familien früher in Freundschaft lebten — meine Vorfahren haben den Ihrigen manches Unrecht getan — nun, ich bin der letzte meines Geschlechts, während das Ihrige noch gesunde Wurzeln treibt. So lassen Sie mich, als den letzten meines Geschlechts, alles Unrecht meiner Vorfahren an den Ihrigen wieder gut machen, so weit es geht, und lassen Sie mich helfen, Ihnen den Besitz Ihrer Väter zu erhalten.

Hans stand in Raschenden vor dem Grafen. Der Vorschlag des Grafen hatte etwas überaus Verlockendes. Wenn er sich auf den Kredit des Grafen stützen konnte, dann war er gesichert. Aber sein Stolz sträubte sich gegen die Annahme dieses Vorschlags. Er erkannte wohl den Edelmut des Grafen an und war ihm dankbar dafür; er sah jetzt ein, daß er den Grafen doch falsch beurteilt hatte. Aber so fort sich zu entschließen, vermochte er nicht.

Lassen Sie mir einige Tage Bedenkzeit, Herr Graf, sagte er. Ich muß erst alle Verhältnisse hier gründlich kennen lernen. Vorher kann ich mir kein festes Urteil bilden. Ich bedanke mich schon so viel in Ihrer Schuld.

Darüber ist nicht die Rede. Also gut — überlegen Sie sich meinen Vorschlag. In drei Tagen komme ich wieder, um Ihre Antwort zu hören. Es müßte doch leichtam zugehen, wenn wir beiden nicht noch Freunde wären.

Damit schüttelte er Hans herzlich die Hand und entfernte sich. Hans in den widersprechendsten Gefühlen zurücklassend.

Da kehrte der Graf noch einmal zurück.

Apertus, sagte er, ich habe ganz vergessen, Ihnen mitzuteilen, daß ich meine Kiste mit dem Grafen Wandersleben verbrannt hat.

Eine heiße Flamme schlug Hans in die Wangen. Sie brauchen also keine Furcht mehr vor gewilligen Plänen zu haben, sagte der Graf lächelnd hinzu. Dann ging er, ohne den Glückwunsch von Hans abzuwarten.

Vermischtes.

Der Markkurs im Ausland.

Am 27. Oktober. Der Markkurs erlitt heute eine weitere starke Schwächung. Er ging in Zürich um 10 Punkte auf 3.25, in Amsterdam um 4 auf 1.65 zurück. New York eröffnete mit einem Rückgang von 2½ auf 0.57½. Im Einklang damit waren die Notierungen im Berliner Devisenmarkt hart erhöht. Die Steigerungen betragen für Amsterdam 210, Brüssel 50, Italien 20½, London 25½, New York 8½, Paris 60½, Schweiz 100, Spanien 105.

Köln. In der Karfale gestorben sind in den letzten Tagen zwei junge Mädchen hierseits beide Harben bei einer Operation. In einem Falle ist das gerichtliche Verfahren eingeleitet.

Paris. Zu Beginn des November soll der Brotpreis in Paris auf 1 Franc und 5 Cents herabgesetzt werden.

Paris, 27. Oktober. In einzelnen Gegenständen Frankreichs, namentlich im Zentrum, ist starke Kälte eingetreten.

Am 27. Oktober. Die von einem Wirbelsturm in Florida verursachten Schäden werden auf mehrere Millionen Dollar geschätzt. Fünf Personen sind getötet worden. Tampa scheint am meisten gelitten zu haben, da eine Springflut die niedriggebauten Häuser des unteren Teiles der Stadt weggerissen hat.

